

Information zum Thema ‚Ausbau der Rheintalbahn‘

Müllheim, 05. Februar 2013

Am 04. Februar 2013 fand ein Arbeitsgespräch mit Vertretern der Bahn AG (Herr Eckart Fricke, Konzernbevollmächtigter der Bahn AG für das Land Baden-Württemberg, Herr Matthias Hudaff, DB-Projektbau GmbH, Leiter Großprojekt ABS/NBS Karlsruhe-Basel) statt. Über dieses Gespräch wollen wir mit diesem Schreiben die Damen und Herren des Gemeinderats informieren.

Heute informierte Frau Siemes-Knoblich zeitgleich auch die Presse. Eine Kopie dieser Zusammenfassung geht daher zur Information auch an den auf der letzten Seite genannten Personenkreis.

Nachfolgend werden die wesentlichen Punkte der Presseinformation zusammengefasst.

Rolle der Bahn

Das oben genannte Gespräch mit der Bahn verdeutlichte, dass die Bahn AG lediglich ausführendes Organ der Politik ist. Nach Aussage der Bahnvertreter überprüft das Eisenbahnbundesamt (EBA) stets im Detail, ob die Planungen der Bahn lediglich den Standard vorsehen, der gesetzlich erforderlich ist. Die Bahn sei daher nicht berechtigt, Lösungen zu planen, die hochwertiger (und somit teurer) sind als jene Lösungen, die zur Erfüllung der gesetzlichen Normen notwendig sind.

Fazit: Wenn Lösungen erzielt werden sollen, die über die gesetzlichen Bestimmungen hinaus gehen, gibt es keine Verhandlungsmasse seitens der Bahn, da diese in öffentlichem Auftrag baut und daher an die gesetzlich vorgegebenen Standard gebunden ist. Nur die Politik kann durch Zurverfügungstellung zusätzlicher Mittel, wie dies im Zusammenhang mit der Bürgertrasse geschehen ist, zukunftsträglichere bzw. leistungsfähigere Lösungen herbeiführen. Ausgenommen von der vorgenannten Aussage ist daher nur der Bereich der Bahnhofsgestaltung, da dieser nicht zum Planfeststellungsverfahren im engeren Sinne gehört.

Aktuelle Faktenlage

- Aus Sicht der Bahn reicht der Bahnhof Müllheim in technischer Hinsicht für die Umsetzung des SPNV-Konzeptes aus. Die Bahn hat aber Gesprächsbereitschaft hinsichtlich der Infrastruktur des Bahnhofes und der Peripherie signalisiert.
- Die Trennung des bisherigen Planfeststellungsabschnittes 9.0 in zwei Teile (9.0a als Bürgertrasse, 9.0b als Antragstrasse), die bereits von der Presse vermeldet worden war, soll tatsächlich vorgenommen werden. Das EBA wird voraussichtlich im Sommer 2013 für den Bereich 9.0b, der im Norden bis zur Hühelheimer Runns reicht, den Planfeststellungsentscheidung treffen. Zur Zeit erfolgt aufgrund veränderter Rahmenbedingungen (Zugzahlen, veränderte Gleisbelegung) eine Anhörung einzelner Betroffener. Die Stadt ist in diesem Zusammenhang nicht als Träger öffentlicher Belange, sondern nur als Wohnungseigentümer angeschrieben worden.
- Die Bahn hat bestätigt, dass für den Bereich 9.0b immer noch die Anwendung des Schienenbonus vorgesehen ist (und die Bahn somit im Hinblick auf die Notwendigkeit von Lärmschutzmaßnahmen um 5 Dezibel lauter sein darf als bei der Bürgertrasse).
- Im Hinblick auf den Bugginger Knoten plant die Bahn zur Zeit noch mit einem (einfachen) Weichenbauwerk, da dies angesichts der verbindlich vorhandenen Zugbestellungen ausreichend sei. Eine Verbesserung dieses Knotenpunktes dürfe die Bahn nach eigener

Aussage erst dann vorsehen, wenn das Land eine verbindliche Bestellung von zusätzlichen Nahverkehrszugverbindungen vornehme. Anders sei der Sachverhalt nur dann zu handhaben, wenn die Politik die gesetzlichen Rahmenbedingungen ändert bzw. eine Einzelentscheidung (mit entsprechender Finanzierungszusage) trifft. Die Bahn argumentiert, für die bisher bekannten Verkehre reiche ein Weichenbauwerk aus, da mögliche Engpässe durch Methoden der Fahrplangestaltung (Blockabfertigung bzw. –verdichtung) vermieden werden sollen.

- Die präjudizierende Wirkung der Trennung des Planfeststellungsabschnittes (insbesondere auch im Hinblick auf den Knoten Buggingen) wird von der Bahn verneint, da die Bahn plant, dass die Güterzüge nicht erst in Hülgelheim die Tieflage verlassen, sondern schon vorher, so dass die Güterzüge bereits in Hülgelheim auf dem normalen Niveau ankommen sollen. Selbst für den Fall, dass eines Tages der Bugginger Knoten verbessert werden sollte, indem ein Unterwerfungsbauwerk (anstelle der nun geplanten ‚normalen‘ Weichenanlage) geschaffen wird, entstehe nach Auffassung der Bahn durch die Trennung des Planfeststellungsabschnittes bzw. die Festlegung des genauen Ortes des Knotenpunktes keine präjudizierende Wirkung, weil auch in vorgenanntem Fall die Bahn beabsichtigt, dass nicht die Güterzugtrasse, sondern die ICE-/Personenzugtrasse abgesenkt bzw. unterführt wird. (Da Personenzüge leichter als Güterzüge sind, können diese Steigungen auf kürzerer Strecke überwinden.)

Argumente der Stadt Müllheim

Der Bugginger Knoten und damit die Kernforderung 6 hat zwei Aspekte:

- Zum einen sollen wegen des Lärms die Güterzüge in Tieflage geführt werden. Für Güterzüge reicht jedoch die Anrampung bis zur (neuen) Planfeststellungsgrenze nicht aus, da diese Züge erst bei Km 236,5 wieder auf dem Normalniveau wären. Somit würde die derzeit vorgesehene Trennung des Abschnittes eben doch eine präjudizierende Wirkung entfalten (zumindest für den Fall, dass die Kernforderung 6 Beachtung findet).
- Eine Kreuzungsfreiheit – also eine niveaufreie Bauweise, beispielsweise mit einem Unterwerfungsbauwerk – wird für die Trassenleistung gebraucht, wenn der für den Endausbau des Nahverkehrskonzeptes vorgesehene S-Bahn-Takt kommt. (Im Moment verweist die Bahn noch darauf, dass der Endausbau des S-Bahn-Taktes noch nicht vom Land verbindlich bestellt sei).

Zwar plant die Bahn die Trassenführung der Güterzüge grundsätzlich immer auf normaler Höhe, da die gesetzlichen Rahmenbedingungen nichts anderes vorschreiben. Bei der Bürgertrasse hat man diese Regelung jedoch aus politischen Gründen verlassen, weshalb die Stadt Müllheim der Ansicht ist, dass man dies südlich von Hülgelheim aus Gleichbehandlungsgründen auch so machen kann bzw. muss.

Wir fordern eine Gleichbehandlung hinsichtlich des Wegfalls des Schienenbonus. Es ist absolut nicht nachvollziehbar, warum zwei unterschiedliche Regelungen in einem Landkreis bzw. sogar auf einer Gemarkung gelten sollen.

Müllheim braucht einen leistungsfähigen Bahnhof. Hier erwarten wir Nachbesserungen der Planung.

Das Verfahren, den bisherigen Planfeststellungsbereich in zwei Teile zu teilen oder – je nach Sichtweise - auf den Bereich bis zur Nordgrenze Hülgelheim zu verkürzen, ohne die betroffenen Kommunen Müllheim und Auggen als Träger öffentlicher Belange zu hören, ist unseres Erachtens zu beanstanden. Nach unserer Auffassung handelt es sich – aus den zuvor dargelegten Gründen – um eine durchaus wesentliche Änderung der Planung, die eine erneute vollumfängliche Anhörung erfordert.

Weiteres Vorgehen der Stadt Müllheim

- Die Stadt wird ein Schreiben an das EBA verfassen, in dem das Verfahren hinsichtlich der Trennung des Planfeststellungsabschnittes sowohl inhaltlich als auch aus formellen Gründen in Frage gestellt wird.
- Es werden Gespräche mit dem Land im Hinblick auf die Umsetzung des Nahverkehrskonzeptes geführt werden, da der Endausbau des S-Bahn-Taktes einen kreuzungsfreien Bugginger Knoten nötig macht.
- Es werden Gespräche mit der Regierungspräsidentin und den Landrätinnen der Landkreise Breisgau-Hochschwarzwald und Lörrach geführt werden (in Vorbereitung für die Projektausschuss-Sitzung am 04. März).
- Der Auftrag des Gemeinderats, eine Tieflage durch Müllheim zu untersuchen, wird weiter bearbeitet. Hierzu hat die Stadt u.a. ein Lärmgutachten in Auftrag gegeben. Sobald Ergebnisse vorliegen, wird es wieder eine umfassende Bürgerinformation geben.
- Es wird eine Zählung des Verkehrsaufkommens am Bahnhof angestrebt.
- Es wird ein weiterer Gedankenaustausch mit Bürgerinitiativen und sachkundigen Bürgern über die weitere Vorgehensweise erfolgen.

Astrid Siemes-Knoblich
Bürgermeisterin der Stadt Müllheim

VERTEILER:

Mitglieder Gemeinderat Müllheim

Projektbeirat:

Staatssekretär Michael Odenwald, Bundesministerium für Verkehr, Bau u. Stadtentwicklung
Claudia Horn, Bundesministerium für Verkehr, Bau u. Stadtentwicklung
Steffen Müller, Bundesministerium für Verkehr, Bau u. Stadtentwicklung
Dr. Friederike Reineke, Bundesministerium für Verkehr, Bau u. Stadtentwicklung
Dr. Roland Diehl, Sprecher IG BOHR
Gerald Hörster, Eisenbahnbundesamt
Minister Winfried Hermann, Ministerium für Verkehr und Infrastruktur Baden-Württemberg
MinDirig. Hartmut Bäumer, Ministerium für Verkehr und Infrastruktur Baden-Württemberg
Elmar Steinbacher, Ministerium für Verkehr und Infrastruktur Baden-Württemberg
RegPräs. Bärbel Schäfer, Regierungspräsidium Freiburg
Landrätin Dorothea Störr-Ritter, Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald
Landrätin Marion Dammann, Landkreis Lörrach
Frank Scherer, Ortenaukreis
Landrat Hanno Hurth, Landkreis Emmendingen
Dr. Dieter Karlin, Regionalverband Südlicher Oberrhein
Bürgermeister Otto Neideck, Regionalverband Südlicher Oberrhein
Karl Heinz Hoffmann-Bohrer, Regionalverband Hochrhein-Bodensee
Landrat Tilman Bollacher, Regionalverband Hochrhein-Bodensee,

Bürgermeister:

Johannes Ackermann, Buggingen	Rüdiger Ahlers, Münstertal
Michael Benitz, Staufeu	Thomas Breig, Ehrenkirchen
Lars Brügger, Vörsletten	Werner Bundschuh, Schliengen
Hartwig Bußhardt, Malterdingen	Jörg Czybulka, Schallstadt
Fritz Deutschmann, Auggen	Wolfgang Dietz, Weil am Rhein
Matthias Guderjan, Kenzingen	Heinz Rudolf Hagenacker, Teningen
Gudrun Heute-Bluhm, Lörrach	Joseph Hügele, March
Markus Jablonski, Riegel	Rolf Karrer, Rheinfeldern
Walter Laub, Umkirch	Martin Löffler, Heitersheim
Dr. Ekkehart Meroth, Bad-Krozingen	Oliver Rein, Breisach
Dr. Dieter Salomon, Freiburg	Michael Schlegel, Reute
Kathrin Schönberger, Hartheim	Joachim Schuster, Neuenburg
Dr. Michael Wilke, Lörrach	

Weitere Adressaten:

Christoph Bayer, MdL, SPD-Landtagsfraktion
Ernst Behringer, Müllheim, Kreisrat
Erwin Bornemann, Neuenburg, Kreisrat
Dr. Thomas Dreßler, Regierungspräsidium Freiburg
Karl-Friedrich-Eckert, Müllheim, Kreisrat
Monika Eitel, Müllheim, Kreisrätin
Jürgen Hauke, AGUS Markgräflerland e.V.
Walter Holderried, Landkreis Lörrach
Werner Kleinfelder, Bürgerinitiative Bahn bewegt Hügellheim
Thomas Marwein, MdL, Landtagsfraktion Die Grünen
Bärbel Mielich, MdL, Landtagsfraktion Die Grünen
Bernhard Pfrenge, Hartheim, Kreisrat
Bundesminister Peter Ramsauer, Bundesministerium für Verkehr, Bau u. Stadtentwicklung
Dr. Patrick Rapp, MdL, CDU-Landtagsfraktion
Armin Schuster, MdB, CDU-Fraktion
Albrecht Simon, Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald
Peter Weiss, MdB, CDU-Fraktion
Reiner Zimmermann, Breisach, Kreisrat